

## ERSTER DEUTSCH-ITALIENISCHER DIALOG ZUR ZUKUNFT EUROPAS

### Deutschland und Italien: Partner beim Aufbau Europas

Rom, 22-23 Januar 2015

*Bericht*

*Von Josefa Glass*

Am 22. und 23. Januar 2015 veranstalteten das Institut für Europäische Politik (IEP) und das Istituto Affari Internazionali (IAI) in der Residenza di Ripetta in Rom den Ersten Deutsch-Italienischen Dialog zur Zukunft Europas.<sup>1</sup> Unter dem Titel „Deutschland und Italien – Partner beim Aufbau Europas“ diskutierten die etwa 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Italien und Deutschland die Rolle der Europäischen Union, insbesondere Deutschlands und Italiens, bei der Bewältigung der aktuellen wirtschaftlichen, energiepolitischen und außenpolitischen Herausforderungen sowie bei der Gestaltung und Ausrichtung der Zukunft Europas.

Zu dem Deutsch-Italienischen Dialog kamen hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sowie Nachwuchswissenschaftler und „Young Professionals“ zusammen, um europäische Lösungskonzepte für die aktuellen Herausforderungen aus deutscher und italienischer Perspektive zu erörtern. Als Kernstaaten der Europäischen Union teilen beide Länder eine besondere Verantwortung für den Zusammenhalt der Gemeinschaft in Krisenzeiten, was sich sowohl in inhaltlicher, wertebasierter wie auch in der langjährigen engen Verbundenheit zwischen den beiden Staaten manifestierte.

Mit der Frage nach einer gemeinsamen europäischen Strategie zur Stärkung der europäischen Wirtschaft, zum Umgang mit den Herausforderungen in Osteuropa und zur Ausgestaltung weiterer Integrationsschritte z.B. in Form einer Energieunion widmete sich der Dialog in diesen zwei Tagen einer großen thematischen Bandbreite.

Der Generalsekretär des italienischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und Internationale Kooperation in Rom Michele Valensise, Martina Nibbeling-Wrießnig (Gesandte und Leiterin der Abteilung Wirtschaft, Finanzen und Soziales, Stellvertretende Leiterin der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Rom) und Claudia Dörr-Voß (Ministerialdirektorin, Leiterin der Abteilung Europapolitik, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin) eröffneten die Konferenz, indem sie die Bedeutung dieser Problemanalysen vor dem Hintergrund der zeitgleich zu der Konferenz veröffentlichten EZB-Entscheidung für eine Quantitative Lockerung, der wiederaufflammenden Unruhen in der Ukraine, der anstehen-

---

<sup>1</sup> Mit freundlicher Unterstützung des Auswärtigen Amtes, der Friedrich-Ebert Stiftung in Rom und der Compagnia di San Paolo.

den Griechenlandwahl und der damit einhergehenden Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung der Eurozone sowie der EU als Ganzes, hervorhoben.

### ***Wie können Wettbewerb, Wachstum und Beschäftigung gestärkt werden?***

In der Beurteilung der Potentiale der EU für mehr Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung zeichnete sich unter den Diskutanten Doris Barnett (MdB, Mitglied des Haushaltsausschusses, Deutscher Bundestag, Berlin), Prof. Paolo Guerrieri (Mitglied des Haushaltsausschusses des Italienischen Senats und Professor für Internationale Wirtschaftswissenschaften, Universität La Sapienza, Rom), Claudia Dörr-Voß (Ministerialdirektorin, Leiterin der Abteilung Europapolitik, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin) und Dr. Fabrizio Saccomanni (Vizepräsident, Istituto Affari Internazionali (IAI); ehem. italienischer Minister für Wirtschaft und Finanzen, Rom) unter dem Panelvorsitz von Dr. Ettore Greco (Direktor, Istituto Affari Internazionali (IAI), Rom) ein breiter Konsens über die Vorreiterrolle Deutschlands und Italiens ab, welcher bisherige Erfolge, aber auch weiteren dringenden Handlungsbedarf im wirtschaftlichen Bereich attestierte und Vorschläge für konkrete weitere Strategien darlegte, die verhinderten, dass sich die Wirtschaftskrise in eine politische Krise wandle.

Aus der Tatsache, dass die EU der zweitstärkste Wirtschaftsbereich der Welt und Italien hinsichtlich der Vermögenswerte das reichste Land in Europa ist, ergebe sich eine enorme Stärke, die genutzt werden müsse. Deutschland, in den 1990er Jahren der „kranke Mann Europas“, habe seine jetzige Wirtschaftskraft enormen Anstrengungen und Reformen zu verdanken und könne für Italiens weitere Reformschritte als Vorbild dienen. Italien sei bereits erfolgreich dabei, Verwaltungs- und Arbeitsmarktreformen umzusetzen, jedoch müssten Reformen im Justizbereich und beim Bürokratieabbau einerseits und die Bekämpfung der Schattenwirtschaft und der Korruption andererseits deutlich verstärkt werden. Das Problem der Wettbewerbsschwäche und der fehlenden Internationalisierung der italienischen Wirtschaft könne durch das Ausschöpfen des Potentials zahlreicher kleiner innovativer Unternehmen mit hoher Flexibilität und vieler kleiner Industrie-Cluster in einem ersten Schritt hin zu mehr Wertschöpfung im Industriesektor angegangen werden. Es wurde betont, dass auch Deutschland, mit einer mageren Prognose von 1,3 Prozent für das BIP-Wachstum in diesem Jahr, noch Nachholbedarf habe und eine Politik verfolgen müsse, die versäumte Investitionen in Zukunftsbereiche nachhole und der demografischen Entwicklung Rechnung trage. Zur schnelleren und wirksameren Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wurde eine engere Kooperation Deutschlands und Italiens im Bereich der Jugendgarantie gefordert.

Um auf EU-Ebene effektiv voranzuschreiten, wurde die Fokussierung auf „Megathemen“ wie Energie, Infrastruktur, Wissenschaft und Forschung, Bildung und Mittelstandsförderung vorgeschlagen. Denn so könne Junckers 315 Mrd. Euro schweres Investitionspaket z.B. durch einen „Europäischen Fonds für strategische Investitionen“ sinnvoll und gezielt eingesetzt werden. Hierfür sei es essentiell, z.B. durch die Liberalisierung des Binnenmarktes einen Framework für Investitionen zu schaffen, der den privaten Investoren Sicherheit biete und somit Anreize schaffe. Der Europäische Binnenmarkt müsse außerdem in Form von intensivierten Exporten nach China, Indien und die USA verstärkt als strategischer Hebel genutzt

werden. Zudem betonten die Diskutanten die Notwendigkeit einer besseren und gerechteren Koordinierung der Steuerpolitik zwischen den Mitgliedstaaten unter Einbezug der nationalen Parlamente. Die größte Schlagkraft und Einfluss auf das BIP hätten die genannten Vorhaben, wenn a) Wachstum und Konsolidierung b) Strukturreformen und c) Investitionen in den Mitgliedstaaten weitgehend simultan abliefen.

In der offenen Diskussionsrunde herrschte Uneinigkeit und Unsicherheit über die Auswirkung der Quantitativen Lockerung, welche die EZB an diesem Tag beschlossen hatte, und ließ folgende Fragen offen: Wird der Geldfluss die Nachfrage im Europäischen Binnenmarkt beleben und größere Anreize für Investitionen in bspw. Infrastruktur und Forschung schaffen? Wird eine erhöhte Gefahr der finanziellen Fragmentierung zwischen den Mitgliedstaaten hervorgerufen oder ist damit aufgrund des begrenzten Zeitraumes von 18 Monaten nicht zu rechnen?

### ***Eine neue Energiepolitik? Italienische und deutsche Perspektiven***

Im Anschluss befassten sich die Diskutanten Prof. Valeria Termini (Kommissarin der italienischen Aufsichtsbehörde für Elektrizität, Gas und Wasser; Professorin der Wirtschaftswissenschaften, Università degli Studi Roma Tre, Rom), Jochen Homann (Präsident der Bundesnetzagentur, Bonn), Dr. Marco Margheri (Leiter, Öffentliche und EU-Angelegenheiten, Edison, Rom) und Tatjana Eifrig (Senior Analyst, Banca Finnat, Rom) unter dem Panelvorsitz des Kölner Universitätsprofessors Wolfgang Wessels mit der deutschen und italienischen Perspektive auf eine neue Europäische Energiepolitik. Es zeichnete sich ein breiter Konsens über die Notwendigkeit für Bemühungen hin zur Integration der derzeit noch sehr fragmentierten nationalen Energiepolitiken und über das Potential der Verstärkung der EU durch die Annäherung an eine Energieunion ab. Zentrale Erkenntnisse waren, dass sich Deutschland und Italien im Energiebereich konstruktiv ergänzten und gemeinsame Ziele verfolgten. Die Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Technologien und die verstärkte Investition in Netze und Forschung führten zu steigender Produktion mit hoher Wertschöpfung und folglich zu mehr Wachstum und Arbeitsplätzen in Europa. Deutschland und Italien könnten hinsichtlich der Energieträger Gas und Elektrizität einen wertvollen Beitrag zu den Inhalten der Energieunion leisten. Die Ähnlichkeit in der Organisation des Energiemarktes der beiden Länder wie zum Beispiel die Vorreiterstellung im Bereich der Erneuerbaren Energien und ähnliche Energiekosten in der Tagesentwicklung sei eine fruchtbare Basis für eine enge Kooperation. Die Möglichkeit des Energieaustausches berge großes Potential für Innovationen. Eine weitere Gemeinsamkeit sei die starke Abhängigkeit von russischem Gas, und somit herrsche auf beiden Seiten ein großes Interesse an der Flexibilisierung und Diversifikation des Energiemixes. Auf EU-Ebene zu bewältigende Herausforderungen seien die effektivere Kontrolle der CO<sub>2</sub>-Emissionen, die Reduktion des Primärenergieimports aus politisch instabilen Ländern und die Schaffung eines sicheren Rahmens für Investoren durch klare und langfristige Regelungen.

## ***Die Veränderungen in Osteuropa und Zentralasien und das Problem Russland – Welche Außenpolitik für die EU?***

Mit Blick auf die Außenpolitik der EU lenkten die Diskutanten Amb. Luca Giansanti (Generaldirektor für Politische und Sicherheitsangelegenheiten, Italienisches Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Internationale Kooperation, Rom), Cord Meier-Klodt (Ministerialdirigent, Beauftragter für Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien, Politische Abteilung, Auswärtiges Amt, Berlin), Dr. Katrin Böttger (Stellv. Direktorin, Institut für Europäische Politik (IEP), Berlin) und Prof. Dr. Paolo Calzini (Johns Hopkins Universität, Bologna und Rom) unter dem Panelvorsitz des Wissenschaftlichen Beraters des IAI Prof. Dr. Stefano Silvestri den Fokus auf die Veränderungen in Osteuropa, Zentralasien und die Herausforderungen im Umgang mit den angespannten EU-Russland-Beziehungen. Es gehe nun darum zu reflektieren, wo die Fehler im Handeln der EU lagen und wo möglicherweise Warnsignale überhört wurden. Gewiss seien die innenpolitischen Spannungen in der Ukraine einer unzureichenden Analyse unterzogen und die strategischen Ziele Russlands unzulänglich berücksichtigt worden, so der Grundtenor der Diskussionsrunde. Ebenso hätten die Dynamiken die zu geringe sicherheitspolitische Ausrichtung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) enthüllt. Es herrschte Einigkeit darüber, dass trotz Russlands Unberechenbarkeit Italien und Deutschland den Faden des Dialogs nicht abbrechen lassen sollten. Die vor zehn Jahren begonnene Nachbarschaftspolitik müsse unter der Berücksichtigung von mehr Kompatibilität, mehr Flexibilität und mehr Differenzierung überarbeitet werden: kurzfristig sollte der Schwerpunkt auf dem Konfliktmanagement (Umsetzung der Minsker Vereinbarungen) zur Wiederherstellung beiderseitigen Vertrauens, dem Aufrechterhalten der Sanktionen, trilateralen Gesprächen mit Russland und der Ukraine und die Eröffnung der Gespräche hin zu einer wirtschaftlichen Kooperation der EU mit der Eurasischen Wirtschaftsunion gelegt werden. Essentiell seien die Betonung der gemeinsamen Interessen Russlands und der EU und die Förderung der Widerstandsfähigkeit der Ukraine, Moldaus und Georgiens im Rahmen von Projekten wie z.B. „Compact for Growth“. Mittelfristig bedürfe die politische Kultur der Governance, besonders in Bezug auf die Ukraine und die Zwischenstaaten, einer Revision mit dem Schwerpunkt auf dem Normen- und Werteexport einerseits und der konkreten Bereitstellung unterstützender Maßnahmen hinsichtlich der Herstellung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Werten andererseits. Es bestand kein Zweifel unter den Teilnehmern, dass in der Ukraine eine politische Lage geschaffen werden müsse, die der multiethnischen Gesellschaft Rechung trage, damit das Land zu einer neuen Identität finden könne. Langfristig müsse klar definiert werden, wo die EU hin will, wenn der Konflikt beendet ist. Es wurde das Ziel hervorgehoben, die Verfestigung einer europäischen Friedensordnung unter Einbeziehung Russlands zu erwirken mit der Vision, dass eine militärische Auseinandersetzung zwischen Russland und der EU genauso unwahrscheinlich werde wie zwischen zwei Mitgliedstaaten der EU.

## ***Die Zukunft Europas – Integrationsstrategien und zukünftige Szenarien***

Die Diskussionsrunde zum Thema Zukunft Europas, unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Michael Kreile (Humboldt-Universität zu Berlin), mit Einführungsstatements von Martin Kotthaus (Ministerialdirektor, Leiter der Europaabteilung, Auswärtiges Amt, Berlin) und Alberto Cutillo

(Gesandter, Italienisches Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Internationale Kooperation, Rom) sowie den Panelisten Joachim Poß (MdB, Mitglied des SPD-Parteivorstands; Mitglied des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Deutscher Bundestag, Berlin) und Prof. Dr. Gianni Bonvicini (Geschäftsführender Vizepräsident, IAI, Rom) beleuchtete Reformoptionen innerhalb und außerhalb der existierenden Verträge sowie mögliche Demokratisierungsschritte der europäischen Institutionen mit dem Ziel, die Sichtbarkeit und Akzeptanz der EU-Institutionen in der Bevölkerung zu erhöhen. Die Krise habe gezeigt, dass der Vertrag von Lissabon kein hinreichendes Instrument zur Lösung der aktuellen Probleme sei. Daher bestehe vor allem in der Eurozone der Bedarf, über den Fiskalpakt und die Bankenunion hinaus vertiefende Integrationsschritte vorzunehmen sowie die allgemeine Funktionsweise der EU zu verbessern. Es herrscht breiter Konsens darüber, dass zur effektiven und zeitnahen Reformierung der Institutionen zunächst die vorhandenen Potentiale des Lissabonner Vertrages aktiviert werden müssten, bevor konkrete, langwierige Vertragsänderungen anstünden. Schnelle Reformen böten die Möglichkeit der Differenzierung durch intergouvernementale Verabredungen wie z.B. der Fiskalpakt, oder das Verfahren der Verstärkten Zusammenarbeit, z.B. die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in elf EU-Mitgliedstaaten (Deutschland, Frankreich, Belgien, Estland, Griechenland, Spanien, Italien, Österreich, Portugal, Slowenien und die Slowakei). Wichtig hierbei sei es, keinen Mitgliedstaat auszuschließen, um nicht die europäische Integrität als Ganzes zu gefährden und die nationalen Parlamente und die Bevölkerung in den Prozess zu integrieren, auch mit dem Blick auf die Eindämmung euroskeptischer Tendenzen. Skepsis gegenüber weiteren Differenzierungsschritten wurde vor dem Hintergrund der Gefahr einer zunehmenden „Ausfransung“ der EU vereinzelt geäußert.

Mehrheitlich wurde jedoch das Instrument der Differenzierung als Notwendigkeit für weitere Wachstumsimpulse erachtet und so wurde für die Reformierung der WWU eine kleine Lösung im Sinne eines Sonderausschusses im Europäischen Parlament und eine große Lösung mit differenzierteren Stimmrechten im Europäischen Parlament vorgeschlagen.

Eine gemeinsame Rolle beim Anstoß einer tieferen Integration käme Deutschland und Italien bei der Außen- und Steuerpolitik zu, da sich gerade vor dem Hintergrund des Arabischen Frühlings und des Ukraine Konflikts die Notwendigkeit einer stärker integrierten und koordinierten europäischen Außenpolitik verdeutliche. Im Rahmen des Weimarer Dreiecks (Deutschland, Frankreich und Polen) würden bereits umfassende Reformen der ENP angegangen mit dem Ziel, die Teilnehmer an der ENP mit einem Ownership-Status auszustatten sowie die ENP und ihren Mehrwert für die Bürger der EU sichtbarer zu machen. Weiterhin müsse die Rolle des Hohen Vertreters angepasst und gestärkt werden. Auch im Bereich der europäischen Verteidigungspolitik sei eine permanente und strukturelle Kooperation unerlässlich, wobei hier noch Unklarheit bestand, wie Deutschland und Italien sich positionieren. Den Herausforderungen, denen Deutschland als Haupteinwanderungsland (absolute Zahlen) und Italien als Grenzland hinsichtlich der Migration gegenüberstehen, möchten die beiden Länder mit einer verstärkten Zusammenarbeit im Rahmen einer Europäischen Sicherheitsstrategie begegnen.

Mit ihren abschließenden Worten rückten die Redner Dr. Ulrich Weiss (ehem. Vorstandsmitglied, Deutsche Bank AG; Deutscher Präsident des Deutsch-Italienischen Gesprächsforums, Frankfurt am Main) und Amb. Ferdinando Nelli Feroci (Präsident, Istituto Affari Internazionali (IAI), Rom) die aus ihrer Sicht prioritär zu behandelnde Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Unabhängig davon, welche Themen auf europäischer oder bilateraler Ebene diskutiert würden – das Problem der Jugendarbeitslosigkeit müsse immer mitgedacht werden. Vordringlich sei die Reformierung der Wirtschafts- und Währungsunion mit der Ausarbeitung einer Fiskalunion. Auf dem Weg zu diesem Ziel rief er Deutschland und Italien dazu auf, ihre Kooperation zu verstärken sowie die differenzierte Integration auf EU-Ebene zu fördern.

Neben all den Kritikpunkten an der EU und existierendem Optimierungsbedarf, die an diesen zwei Tagen diskutiert wurden, betonten die Redner in ihren Schlussbemerkungen auch die großen Errungenschaften und positiven, gelungenen Elemente der EU und der europäischen Idee. In Anlehnung an die Stärken und Erfolge der EU schloss Herr Dr. Weiss mit einem Zitat aus *Il Gattopardo*: *„Wenn wir wollen, dass alles so bleibt wie es ist, dann muss sich alles ändern.“*